

Frage	Antw.	Kommentar zur Antwort
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre) für Frauen und Männer?	Ja	Ich bin für ein flexibles Rentenalter. Es gibt Berufe, (z. B. Bau), die durchaus früher in Rente gehen sollten wie andere. Grundsätzlich ist es wichtig für die Wirtschaft, dass das Grundrentenalter höher als heute liegt und gleich hoch ist für alle Menschen.
Soll der Kanton familienergänzende Betreuungsstrukturen finanziell stärker unterstützen?	Eher nein	Im Kanton Basel Stadt gibt es bereits relativ umfassende Unterstützung in dieser Art. Da wo es zu Härtefällen kommt, bin ich sicher auch für eine zusätzliche Unterstützung. Fast wichtiger, wie die finanzielle Unterstützung, ist der Abbau der Bürokratie, dies würde die Betriebe enorm entlasten und so könnten die Arbeitgeber grosszügiger sein.
Würden Sie eine Verschärfung des Sozialhilfegesetzes im Kanton befürworten (z.B. Begrenzung der Zulagen, tieferer Ansatz des Existenzminimums, höherer Ermessenspielraum bei der Vergabe der Sozialhilfe)?	Eher nein	Es muss keine Verschärfung des Gesetzes geben, wichtig wäre eine gute und flexible Auslegung der bestehenden Gesetze. Die Leitplanken, sind heute recht gut gesetzt, die entsprechende Hilfe muss nur richtig und individuell ausgelegt werden können.
Befürworten Sie die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von zwei Wochen (Abstimmung vom 27. September)?	Ja	Das ist eine echte Hilfe für alle!
Sollen im Kanton Basel-Stadt Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt werden?	Nein	Es gibt bereits heute viele und gute Unterstützungsmöglichkeiten für solche Familien. Auch hier gilt: die Vergabe muss individuell ausgelegt und geprüft werden.
Sollen die Prämienverbilligungen weiterhin dem Anstieg der Krankenkassenprämien angepasst werden?	Ja	Nur so können sich viele Leute die Krankenkassen überhaupt noch leisten. Gleichzeitig muss alles dafür getan werden (keine Alibiübungen) um die Krankenkassenverteuerungen aufzuhalten und zu stoppen.
Sollen sich die Versicherten stärker an den Gesundheitskosten beteiligen (z.B. Erhöhung der Mindestfranchise)?	Nein	Es muss möglich sein, Gesundheitskosten zu senken. Im Moment spielen zu viele unterschiedliche Interessensgemeinschaften bei den Entscheidungen mit. Wichtig wäre, die Eigenverantwortung der Versicherten mehr anzusprechen. Es muss nicht immer gleich in die Notfallstation gerannt- oder ein Medikament verschrieben werden.
Befürworten Sie eine stärkere staatliche Steuerung des Angebots an Gesundheitsleistungen?	Eher ja	Der Staat kann Anreize schaffen, indem er zum Beispiel öffentliche, frei zugängliche Fitnessparks einrichtet und aufklärerische Arbeit macht. Es muss nicht immer ein finanzieller Anreiz stattfinden.
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Sport- oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	Wir leben in einer freien Demokratie, wo auch die Religionsfreiheit gilt. D. h. aber nicht, dass sich Religionen überall Ausnahmen herausnehmen dürfen. Es muss möglich sein, zum Beispiel Sportunterricht so zu gestalten, dass es auch für Kinder von religiösen Familien möglich ist daran teilzunehmen. Es gibt genug Möglichkeiten solche Fächer durchzuführen, ohne religiöse Gesetze zu verletzen.
Befürworten Sie die Wiedereinführung von Kleinklassen im Kanton Basel-Stadt für verhaltensauffällige Schüler/-innen?	Nein	Die jetzige Form, im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülern/-innen bewährt sich in grossen Teilen recht gut. Trotzdem wird ständig korrigiert und angepasst. Die Art im Umgang mit solchen Kindern und Jugendlichen verbessert sich zunehmend.
Sollen alle Volksschulen im Kanton als freiwillige Tagesschulen mit integriertem Betreuungsangebot geführt werden?	Eher nein	Die Betreuung muss nicht umfassend angeboten werden. Es gibt viele Familien, die gar keine Tagesbetreuung möchten und es kann nicht sein, dass diese (sozial) dazu genötigt werden. Es gibt bereits viele gute Angebote, die da wo nötig ausgebaut werden.
Würden Sie Massnahmen zur Senkung der Gymnasialquote zwecks Stärkung der Berufsbildung begrüssen (z.B. strengere Aufnahmekriterien fürs Gymnasium)?	Nein	Ich bin generell gegen Quoten! Es muss mit den richtigen Anreizen geschafft werden, dass auch Lernberufe wieder „in“ werden. Dazu müssen dringend die Handwerk-KMU gefördert werden. Im Kanton muss genügend Platz (auch für das laute) Handwerk vorhanden sein und die bürokratischen Hindernisse müssen abgebaut werden.

Soll sich der Kanton stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfe-Gutscheinen für Schüler/-innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Ja	Bildung ist der Schlüssel zum Wohlstand!
Sollen Ausländer/-innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten?	Nein	Wer in der Schweiz mitbestimmen will, soll sich einbürgern. Das ist in allen anderen Ländern genauso. Wer sich aus finanziellen Gründen nicht einbürgern kann wird jetzt schon dabei unterstützt. Wie soll jemand mitbestimmen, wenn er das Land, in dem er wohnt nicht akzeptiert?
Sollen die Anforderungen für Einbürgerungen im Kanton Basel-Stadt erhöht werden?	Nein	Wichtig ist, dass nachweislich die Kurse, die angeboten werden, besucht werden. Es sei denn es kennt sich jemand bereits sehr gut mit den hiesigen Begebenheiten aus!
Eine Volksinitiative verlangt, dass die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigt, um so die Einwanderung zu begrenzen (Abstimmung vom 27. September). Befürworten Sie dies?	Nein	Die Schweiz liegt mitten in Europa und kann nicht mehr zu einer Insel werden, als dass sie es jetzt schon ist. Mit den bilateralen Verträgen haben wir eine sehr gute Lösung die es weiter zu pflegen gilt.
Soll der Kanton Basel-Stadt mehr Mittel für die Integration zugewanderter Personen bereitstellen (z.B. zusätzliche Sozialarbeiter/-innen)?	Eher ja	Das Ziel muss eine starke Integration sein, wenn es dazu mehr Sozialarbeiterinnen braucht ist das richtig. Wichtig ist, dass sich zugewanderte Personen positiv zum Kanton Basel-Stadt bekennen und sich einbürgern lassen wollen.
Sollen Sans-Papiers im Kanton Basel-Stadt einen geregelten Aufenthaltsstatus erhalten?	Ja	Die meist Langjährigen Sans-Papier haben bereits bewiesen, dass sie sich gut integrieren können. Wer sich lange verstecken muss, darf nicht auffallen und muss sich dementsprechend den Regeln der Gesellschaft anpassen.
Sollen gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare haben?	Ja	So etwas sollte nicht einmal mehr eine Frage wert sein!
Soll der Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Ja	Nur wenn Cannabis legalisiert ist, kann es - analog dem Alkohol - staatlich kontrolliert werden. D. h. weniger unreines und verschnittenes Cannabis. Zusätzlich sinkt bei einer Legalisierung der Reiz am Verbotenen. Das angewöhnen von immer jüngeren "Kunden" wird wegfallen,
Eine Volksinitiative fordert, dass die kantonale Kulturförderung vermehrt die Jugendkultur (Pop-, Club und Subkultur) unterstützen soll. Befürworten Sie dies?	Ja	Es darf deshalb aber keine Kürzung anderer Kulturangebote geben.
Finden Sie es richtig, dass im Kanton Basel-Stadt eine Geschlechterquote von mindestens 30% für die Verwaltungsräte staatsnaher Betriebe gilt?	Nein	Ich bin grundsätzlich gegen Quoten! Eine Geschlechterquote würde zum jetzigen Zeitpunkt mehr Frauen bedeuten, diese sind in den entsprechenden Studiengängen bereits in der Überzahl. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auch in den Verwaltungsräten (nicht nur staatsnahe Betriebe) in grösserer Zahl einzusitzen nehmen.
Würden Sie es begrüßen, wenn eine allfällige Impfung gegen Covid-19 ('Corona-Virus') Pflicht wäre?	Nein	Es muss dem Staat gelingen, eine eventuelle Notwendigkeit so zu vermitteln, dass sich der grösste Teil der Bevölkerung von selber impfen lässt.
Soll im Kanton Basel-Stadt der Steuersatz auf Dividenden (Gewinnausschüttung von Unternehmen) wieder gesenkt werden?	Ja	Der Steuersatz ist zu hoch, das schafft die falschen Anreize.
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen besteuert werden (Individualbesteuerung)?	Ja	Wenn der Staat weiterhin die Ehe als erstrebenswerte Lebensform für erwachsene Personen sieht, dann muss eine Steuergleichheit gegenüber Einzelpersonen erreicht werden. Wenn dies durch eine Individualbesteuerung erreicht wird ist das begrüssenswert.

Soll der Kanton Basel-Stadt die Ausgaben im Rahmen eines Impulsprogramms für eine nachhaltige Wirtschaft deutlich erhöhen?	Nein	Wichtig ist eine Senkung der Gebühren und viel weniger Bürokratie, dann schafft es die Wirtschaft selbst erfolgreich UND nachhaltig zu sein.
Eine Volksinitiative fordert die Einführung eines kantonalen Mindestlohns für alle Arbeitnehmenden in der Höhe von netto 23 Franken pro Stunde. Befürworten Sie dies?	Nein	Mindestlöhne sind wie Quoten, da bin ich generell dagegen. Mit den richtigen Anreizen kann die gerechte Entlohnung auch ohne Gesetz erreicht werden. Dazu gehört, dass der Wirtschaft Hürden aus dem Weg genommen und unnötige staatliche Beiträge gestrichen werden. Kein Arbeitgeber möchte seine Mitarbeiter unterbezahlen! Um hohe Löhne bezahlen zu können müssen die Rahmenbestimmungen stimmen, es müssen zum Beispiel Importzölle wegfallen usw.
Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung des Arbeitsgesetzes)?	Ja	Es gibt bereits heute viele Ausnahmegewilligungen für Geschäftsöffnungszeiten. Sie zeigen vor allem eines; es werden keine Menschen ausgenutzt. Im Gegenteil, viele Leute wollen aus diversen Gründen zum Beispiel am Sonntag oder abends arbeiten. Bereits jetzt (Öffnungszeiten bis 20.00) zeigt sich, dass das Angebot und Nachfragespiel funktioniert.
Soll die Schweiz Einkäufe im Ausland erschweren (z.B. mittels Senkung der Zollfreigrenze)?	Nein	Es muss mit aller Kraft erreicht werden, dass die Preise in der Schweiz, im Vergleich zum Ausland sinken. Wenn es sich nicht oder kaum mehr lohnt im Ausland einzukaufen, reduziert sich der Einkaufstourismus automatisch. Parallelimporte müssen gestattet werden und Zollgebühren fallen.
Soll die Lohngleichheit von Frauen und Männern bei Unternehmen durch den Staat strenger kontrolliert werden?	Nein	Mit wenigen Ausnahmen ist die Lohngleichheit bereits Tatsache. Strenge Kontrollen bedeuten auch immer hohen Aufwand für Firmen und damit eine administrative, also finanziell grössere Belastung.
Soll der Kanton auf die Erbringung eigener Dienstleistungen verzichten, falls dadurch private Angebote konkurrenziert werden (z.B. Kehrriechtabfuhr, Stadtgärtnerei, Gleissanierungen)?	Ja	Da wo "private" gleiche Leistung erbringen können soll sich der Kanton zurückziehen. Dadurch entfallen viele staatliche Kosten. Das eingesparte Geld kann dort eingesetzt werden, wo es wirklich nötig ist. So können Behörden verschlankt werden und damit sehr viel günstiger für den Kanton arbeiten.
Eine Volksinitiative fordert, dass die Haftungsregeln für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft werden (Abstimmung November 2020). Befürworten Sie dies?	Nein	Dies kann nur funktionieren, wenn eine solche Regelung weltweit gilt - was anzustreben ist. Alles andere verschlechtert die Position der Schweiz und führt zum Wegzug vieler Firmen.
Derzeit sind die Basler Verkehrsbetriebe (BVB) eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Sollen die BVB wieder vollständig in die Verwaltung integriert werden?	Nein	Die BVB muss umgebaut werden, eine Fusion mit der BLT ist erstrebenswert. Weniger Staat bedeutet auch effizienteres, auf Gewinn ausgerichtetes Arbeiten und das ermöglicht gerade den BVB neue Wege des Personentransportes anzudenken.
Eine Initiative fordert, dass der Kanton Basel-Stadt bis 2030 im Rahmen seiner Kompetenzen die Treibhausgasemissionen auf netto null senkt. Befürworten Sie dies?	Nein	Mit richtigen Anreizen dauert die Senkung dieser Emissionen vielleicht etwas länger, es wird aber verständlicher und dadurch akzeptierter.
Sollen die kantonalen Förderbeiträge für erneuerbare Energie erhöht werden?	Nein	Förderbeiträge für die Entwicklung und Markteinführung von neuen Ideen und Produkten sind erstrebenswert. Es müssen vielmehr behördliche Hürden, wie zum Beispiel bei Solardächern, fallen hier muss der Staat ermöglichen und nicht verbieten.
Soll der Kanton Basel-Stadt mehr finanzielle Mittel für die Sicherstellung der Biodiversität bereistellen?	Nein	
Befürworten Sie den Bau eines unterirdischen Autobahn-Weststrings um die Stadt (Verbindung A2 Hagnau bis Nordtangente / A35)?	Ja	

Befürworten Sie den Bau des geplanten 'Hafenbeckens 3' zwischen Autobahnzoll und Bahnlinie in Basel Nord?	Eher nein	
Soll der Kanton mehr Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bereitstellen?	Nein	Milliardenausgaben für ein paar wenige Minuten schnellere Verbindungen sind keine Lösung.
Soll der Kanton Basel-Stadt Massnahmen ergreifen, um den Langsamverkehr (Velo- und Fussverkehr) gegenüber dem motorisierten Verkehr stärker zu priorisieren?	Nein	Der Kanton muss eine stärkere Trennung der diversen Verkehrstypen anstreben. Das bedeutet aber auch, dass der Langsamverkehr nicht überall Vortritt hat.
Braucht es im Kanton Basel-Stadt zusätzliche Massnahmen zugunsten des motorisierten Individualverkehrs (z.B. Bau von Quartierparkings, Anzahl erlaubte Parkplätze auf privatem Grund)?	Ja	Gerade bei Quartierparkings und privaten Parkplätzen muss ein Umdenken stattfinden. Wo immer stehende Autos von der Strasse wegkommen, ist das sinnvoll.
Soll die Abfallentsorgung zukünftig in der ganzen Stadt über unterirdische Container erfolgen?	Nein	Es fallen zu viele Parkplätze weg, es wird zu lange umgebaut und es gibt zu viele Hürden für ältere und behinderte Menschen. Abfallentsorgung ist traditionell ein Beruf für ungelernete Menschen, die allermeisten dieser Stellen würden dann wegfallen
Sollen bestehende Mietverhältnisse stärker geschützt werden (z.B. Bewilligungspflicht für wertsteigernde Sanierungen oder für die Umwandlung in Stockwerkeigentum)?	Nein	
Soll Wohnraum im Besitz des Kantons Basel-Stadt nach dem Prinzip der Kostenmiete (Verzicht auf Rendite) vermietet werden?	Nein	Der Kanton darf die Privatwirtschaft nicht mit subventionierten (vom Steuerzahler bezahlten) Leistungen konkurrieren.
Sollen die Lärmschutzvorgaben für Restaurants und Bars im Freien (sog. Boulevard-Gastronomie) am Abend gelockert werden?	Ja	Es muss aber sichergestellt werden, dass Anwohner nicht über die Massen belästigt werden.
Soll die staatliche Unterstützung zur Förderung von Quartieraktivitäten (z.B. via Stadtteilsekretariate und Quartiertreffpunkte) ausgebaut werden?	Ja	Im Rahmen von einzelnen Projekten kann das durchaus sinnvoll sein. Diese Institutionen haben sehr gute Kontakte zur Bevölkerung und wissen recht genau wo und wie geholfen, vermittelt und mitgewirkt werden soll.
Sollen die Parteien auf kantonaler Ebene ihre Finanzierung vollständig offenlegen müssen?	Nein	Der Druck auf die Parteien dies zu tun wächst. Dafür braucht es keine Bestimmung, jede Partei muss für sich selber entscheiden, wie Sie mit dieser Offenlegung umgehen will.
Befürworten Sie den Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard?	Ja	5G ist wichtig für die Wirtschaft. Es geht hier nicht um Geschwindigkeit. Es geht um viele verschiedene Kanäle. Allgemein ist die Digitalisierung (eben mit 5G), ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für die Wirtschaft.
Soll die Einführung der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen (E-Voting) weiter vorangetrieben werden?	Nein	Solange kein absoluter Persönlichkeits- und Datenschutz besteht und die absolute Sicherheit nicht gegeben ist, kann dieses Tool nicht eingesetzt werden.
Das generelle Bettelverbot wurde vor kurzem aufgehoben. Befürworten Sie dies?	Nein	Es gibt im Ausland genug Beispiele, wie mit Bettlern auf eine positive Art umgegangen werden kann. Eine Bewilligungsmarke analog den Strassenmusikanten ist eine gute und machbare Lösung.
Befürworten Sie die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für die Schweizer Armee (Abstimmung vom 27. September)?	Nein	20 Milliarden ist ein zu hoher Beitrag für einen relativ geringen zusätzlichen Schutz. Die Schweiz hat eine eigene Flugzeugindustrie (es gibt genügend Länder die Pilatus Flugzeuge einsetzen und damit deren Kriegstauglichkeit beweisen), deren Flugzeuge den Anforderungen entsprechen. Solange nicht über den Flugzeug-Typ entschieden werden kann bin ich gegen diese Beschaffung.
Braucht es zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit eine stärkere sichtbare Präsenz der Polizei?	Nein	Die Polizei hat genug Mittel, um die Sicherheit zu gewähren. Sie müssen nur richtig eingesetzt werden.

Soll der Bundesrat ein Freihandelsabkommen mit den USA anstreben?	Ja	
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	